

## Gutes Leben für alle!

### Die zwei Gesichter der Kölner Stadtpolitik

Jeden Tag Krisenmeldungen im Fernsehen und in der Presse. Es geht immer um Milliardenbeträge, so dass einem schon ganz schwindelig wird. Klar wird immer mehr, die Zeche zahlen die Armen – ob in Athen oder Köln.

Wenn die Kölnerin oder der Kölner dann konkret auf die örtliche Politik schauen, erschrecken sie: Kürzungen sozialer Leistungen und Strukturen auf der einen Seite und kulturelle Leuchttürme für reiche Leute in dreister Form auf der anderen. Neu ist die Willkür, mit der solche Politik in Krisenzeiten betrieben wird.

So gibt der Kölner Oper-Intendant Laufenberg einfach eine Million Euro mehr für die Hochkultur aus, obwohl der Stadtrat andere Beschlüsse gefasst hatte. Und fordert dreist weitere Millionen. Im gleichen Zeitraum teilt der Kölner Oberbürgermeister mit, dass der Ratsbeschluss für öffentliche Toiletten nicht umgesetzt wird, weil kein Geld da sei. Obendrein sollen zwei Schwimmbäder in den Stadtteilen Nippes und Weiden geschlossen werden,

um 908 000 Euro im Jahr zu sparen. Doch gleichzeitig eröffnet die Stadt in der Innenstadt den Lentpark mit Schwimmbad und Eisstadion für 25 Millionen Euro. Dieses Strahle-Bad ist aber so gebaut, dass Menschen mit Behinderung es nur eingeschränkt benutzen können: ein Skandal!

Willkür und soziale Ausgrenzung auf der einen Seite – Arroganz und Ellenbogen auf der anderen Seite. Das ist die Realität. Alle Menschen in dieser Stadt haben das Recht auf ein gutes Leben. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die sozialen Leistungen und Strukturen nicht zerschlagen werden, aber ohne Protest und Widerstand der Kölnerinnen und Kölner können wir das nicht schaffen. Gerade in Krisenzeiten, in denen die Herrschenden so tun, als ob das Unglück einfach über uns hereingebrochen sei, heißt es aufpassen und aktiv werden! Willkür, soziale Ausgrenzung und Rassismus dürfen wir nicht hinnehmen!

*Jörg Detjen, Fraktionssprecher der LINKEN im Rat der Stadt Köln*

## Arbeiten, weil die Rente nicht reicht?

Eine Anfrage des Kölner Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald brachte es an den Tag: 769 000 Rentnerinnen und Rentner besserten 2010 ihre Rente mit einem 400 Euro-Job auf. 108 000 davon sind sogar älter als 75 Jahre. In zehn Jahren wuchs die Zahl um 83 %.

„Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode heißt heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern,“ empört sich der rentenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Die LINKE. „Das ist die erschreckende Folge einer vollkommen verfehlten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Was Rot-Grün mit den Hartz- und den Rentenreformen angefangen hat, will Schwarz-Gelb heute nicht ändern. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.“

Seit 2003 ist die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die unter die Bedürftigkeitsschwelle gerutscht sind, um 113 480 oder 71,7 % gestiegen.

Mit einem ‚Regierungsdialog Rente‘ stellt Ministerin von der Leyen im Fernsehen Problembewusstsein der Regierung zur Schau. Doch, so kritisiert Birkwald: „Schwarz-Gelb denkt gar nicht daran, die Ursachen der heutigen und künftig stark anschwellenden Altersarmut zu beseitigen. Weder will von der Leyen den Niedriglohnsektor und die Langzeiterwerbslosigkeit, noch das abgesenkte Rentenniveau samt Rente erst ab 67 beseitigen. Kein Rentner und keine Rentnerin soll von weniger als 850 Euro leben müssen. Deshalb brauchen wir eine solidarische, steuerfinanzierte Mindestrente.“

Ein Mindestlohn von 10 Euro, Abschaffung der Rente erst ab 67, ausreichende Rentenbeiträge auch für Langzeitarbeitslose und eine solidarische Alterssicherung, in die alle einzahlen müssen, machen den Fünf-Punkte-Plan der LINKEN gegen Altersarmut zu einer runden Sache.



## Rot-grün-schwarzes Schulchaos in NRW

Im Landtag von NRW haben sich die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen verständigt: Zusätzlich zu den bestehenden Schulformen in NRW soll es noch eine weitere geben, die Sekundarschule.

Mit der geplanten Festschreibung des gegliederten Schulsystems in der Landesverfassung wird der politische Weg zu einem neuen, integrativen Schulsystem verbaut.

Während andere Bundesländer in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulformen reduziert haben, setzt rot-grün noch eins drauf:

Es gibt in Köln mit dem Schulkonsequenz nun ein Angebot von sechs Schulformen der Sekundarstufe I: Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Sekundarschule, Förderschule.

Dieses unübersichtliche mehrgliedrige Schulwesen bereitet den Eltern Jahr für Jahr die Qual der Wahl. Und dabei gibt es eine Schulform die die Eltern wollen. Aber ihr Wille wird wieder missachtet. Bei der Gesamtschule wurden 2011 wieder 600 Elternwünsche nicht berücksichtigt. Die LINKE unterstützt die Eltern und setzt sich ein für mehr Gesamtschulen in Köln. Denn: Unser Schulsystem bleibt ungerecht solange die Bildungschancen von der sozialen Herkunft abhängen. Kinder brauchen eine lange Zeit – bis zu 13 Jahre – des gemeinsamen Lernens, in der Nachteile durch die soziale oder ethnische Herkunft ausgeglichen werden können; Kinder brauchen eine Schule für alle Kinder, und die Gesamtschule ist ein Schritt dorthin.

*Angelika Link-Wilden, Sprecherin*

## EU in der Krise – wie weiter?

Podiumsgespräch mit:

**Gregor Gysi · MdB**

**Reiner Metzger · taz**

**Hans-Jürgen Urban · IG Metall**

**25. November 2011**

**19 Uhr · Einlass 18.30 Uhr**

**Bürgerhaus Stollwerck · Dreikönigenstraße 3**

**DIE LINKE.**  
KREISVERBAND KÖLN

# LINKE Wege aus der Krise

Die BILD-Zeitung hetzt: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!“ Minister Rösler bringt eine Pleite Griechenlands ins Spiel: „Um den Euro zu stabilisieren, darf es auch kurzfristig keine Denkverbote mehr geben. Dazu zählt notfalls auch eine geordnete Insolvenz Griechenlands (...).“ Die Hetze der BILD-Zeitung trägt nicht zu einer Lösung der Euro-Krise bei. Die Rede von Rösler lässt die Börse abstürzen und sorgt so in wenigen Minuten dafür, dass die Spekulanten noch reicher werden. Das ist nur für seine Millionärs-Klientel effizient. Doch welche Antworten sind richtig? Und welche Lösungen kann es in der Euro-Krise geben?

## Warum macht Griechenland mehr Schulden?

Von 1995 bis 2004 sind überall in der Welt die Reallöhne gestiegen: in Großbritannien und Schweden um mehr als ein Viertel, in den USA um fast ein Fünftel. Nur in Deutschland sind sie um 0,9 Prozent gesunken. Die deutsche Exportindustrie kann dadurch ihre Produkte günstiger als andere Länder auf dem Weltmarkt anbieten. Die Folge: Deutschland hat mehr Exporte als Importe. So exportieren andere Staaten weniger als sie importieren. Das waren im letzten Jahr im Euro-Raum Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Tschechien, Zypern, Irland und Bulgarien. Um dieses Mehr an Importen kaufen zu können, verschulden sich diese Länder, zum Beispiel bei deutschen

Unternehmern, die die Erlöse ihrer überschüssigen Exporte anlegen.

## Haben wir wirklich eine Schuldenkrise?

Im Jahr 2005 hatten die Euro-Länder insgesamt Schulden in Höhe von 70,1 Prozent der Waren und Dienstleistungen, die sie im gleichen Jahr produzierten. Bis 2007 wurde dieser Wert sogar auf 66,3 Prozent gedrückt. Zum Vergleich: Die Schuldenquote Deutschlands betrug damals 64,9 Prozent, unterschied sich also nicht wesentlich von der des Euro-Raumes.

Erst die internationale Finanzkrise mit den Bankenpleiten und ihrer Rettung durch den Steuerzahler haben zu einem deutlichen Anstieg der Schulden auf nunmehr 85,3 Prozent in den Euro-Staaten, aber auch auf 83,2 Prozent in Deutschland geführt. Was heute Schuldenkrise genannt wird, ist nichts anderes als die Fortsetzung der Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007 und 2008.

## Wie dramatisch ist die Lage in Griechenland wirklich?

Griechenland ist jetzt stärker betroffen, weil Bankenkrise und die Finanzierung seiner Importüberschüsse zusammen kommen.

Doch dramatisch wird die Situation erst durch zwei weitere Probleme. Erstens durch die geringen Wachstumsraten infolge der Weltwirtschaftskrise, die die Begleichung der Schulden erschweren; zweitens

durch die Börsen, die Griechenlands Lage schwärzer zeichnen, als sie ist, und dadurch die Situation noch verschlimmern.

## Warum sind die Börsen und Banken ein Problem?

Die Banken leihen sich zu Zinssätzen von 1-2 Prozent Geld bei der Europäischen Zentralbank. Die Banken und andere Kapitalmarktanleger verleihen Geld aber zu horrenden Zinssätzen an Griechenland und andere Staaten weiter. Griechenland musste zum Beispiel im April für einen Kredit über zwei Jahre 26 Prozent Zinsen zahlen. Auch die durch diesen Irrsinn entstehenden Gewinne lassen den Schuldenberg der Griechen immer weiter wachsen. Hinzu kommt die Spekulation: Mit Zinswetten und gezielten Verkäufen griechischer Staatsanleihen lassen die Zocker an den Börsen diese Irrsinnspirale sich immer schneller drehen. Dadurch kann Griechenland immer schwerer seine Schulden zurückzahlen.

## Insolvenz, Rückkehr zur Drachme, Sparprogramme?

Eine Insolvenz Griechenlands ist nicht der richtige Weg. Denn in Zukunft würden Anleger nur dann griechische Staatsanleihen kaufen, wenn die Verzinsung noch weiter steigt. Der Preis für den Schuldenschnitt von heute wären noch mehr Schulden von morgen. Und hier käme die nächste Stützungsaktion für die Banken auf uns zu. Auch bei einem griechischen Ausstieg aus dem Euro würden Anleger sofort ihr Kapital aus Griechenland abziehen. Griechenland müsste enorm hohe Zinsen versprechen, um sich weiter zu verschulden. Außerdem würden Spekulanten gegen Griechenland wetten.

Auch griechische Sparprogramme sind falsch, denn sie sind nicht nur unsozial, sondern bremsen auch das Wachstum. So kann Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen.

Und der Verkauf von Staatseigentum, den nicht nur die BILD-Zeitung fordert, würde die Lage weiter verschlechtern. Natürlich könnte man die Schulden bezahlen, aber das Eigentum wäre weg, und die neuen Privateigentümer ließen sich die Nutzung von Häfen und anderer Infrastruktur teuer bezahlen. Die Griechen würde das noch mehr kosten als Zinsen und Tilgung ihrer Kredite.

## Lohnerhöhungen in Deutschland!

Am wichtigsten wäre es, wenn es in Deutschland endlich höhere Löhne gäbe. Dann wäre es vorbei mit den Exportüberschüssen in Deutschland und den Importüberschüssen in Griechenland. Griechenland müsste weni-

ger Schulden machen. Zugleich muss das mit einer Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen.

## Marshall-Plan für Griechenland!

Griechenland braucht so wie Deutschland nach dem Krieg ein Stützungsprogramm ohne Sparauflagen! Mehr Geld für eine bessere wirtschaftliche und soziale Infrastruktur ist das Gebot der Stunde. Wer ökonomisch stärker ist, muss mehr Krisenlasten schultern. Daher sollten in vielen EU-Ländern, gerade auch in Deutschland, die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen steigen. Außerdem sollten eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe eingeführt werden, da sie geeignet sind, die Spekulation einzudämmen oder öffentliche Mittel einzunehmen.

Damit Griechenland seine Ausgaben besser finanzieren kann, muss es die Einkommen und Vermögen seiner eigenen Millionäre stärker besteuern!

## Die Börsen entwaffnen!

Da die Börsen Griechenland höhere Zinsen aufdrücken, als es verdient, muss man die Börsen entwaffnen. Gut wäre es, wenn eine öffentliche Europäische Bank Gelder der Europäischen Zentralbank (EZB) ohne die Zinsaufschläge privater Banken und Anleger direkt an Griechenland als günstige Kredite weitergeben würde. Bis dahin sollten alle EU-Länder zusammen Euro-Bonds mit geringeren Zinsen auflegen und das Geld Griechenland ohne Sparzwang zur Verfügung stellen. Auch sollte die EZB griechische Staatsanleihen aufkaufen, um deren Kurse zu stützen. All dies sorgt nicht für Inflation, denn die Gütermärkte brauchen mehr statt weniger Nachfrage!

## Für demokratische EU-Kooperation!

In Europa muss eine Politik für die Menschen gemacht werden, nicht für das Kapital. Nicht die Märkte sollen diktieren, wie wir leben, sondern die Europäer sollen selbst darüber demokratisch entscheiden.

Eine europäische Wirtschaftsregierung kann nicht durch Absprachen zwischen Merkel und Sarkozy im Hinterzimmer eingeführt werden.

Was wir brauchen, ist eine demokratisch kontrollierte Kooperation zwischen EU-Staaten: für mehr Absprachen statt schädlicher Konkurrenz, für mehr sinnvolle öffentliche Ausgaben statt Ausgabenkürzung und Sozialabbau, für einen demokratisch kontrollierten Finanzsektor statt Privatisierungen, für eine gerechte Verteilung!

Wolfgang Lindweiler,  
Alex Recht, Klaus Roth

## Wir fordern die Demokratie von den Märkten zurück!

Es ist kein Hilfsprogramm für die Griechen, was Kanzlerin Merkel im Bundestag zur Abstimmung stellt. Vielmehr rettet es die Ansprüche der Banken und Vermögenden, denn in ihren Taschen und nicht bei den Menschen in Griechenland kommen die Milliarden der Hilfskredite zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen an.

Der Streit im Regierungslager über das Tempo der Kapitulation vor den Märkten geht am Kern der Sache vorbei: Die Krisenverursacher, die Profiteure und Vermögenden müssen mit einer europaweiten Vermögensabgabe und einer gerechten Besteuerung zur Kasse gebeten werden. Die Macht der Banken über die Politik kann nur gebrochen werden, indem die Kreditversorgung der Staaten auf eine öffentliche europäische Bank übertragen wird. Den Finanzmarktakteuren muss der Boden durch strikte Regulierung und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer entzogen werden. Wir brauchen ein europäisches Investitions- und Konjunkturprogramm und eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um europaweit die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken.

SPD und Grüne stimmen hingegen Merkels Politik zu, die mit der Forderung nach immer härteren Sparprogrammen und einer europäischen Schuldenbremse die wirtschaftliche Entwicklung in Europa abwürgt. Unser Nein zur Bankenrettung ist kein Nein zu Europa. Im Gegenteil: Nur mit gleichen gerechten Bedingungen für Wirtschaft, Steuern und Sozialpolitik ist Europa vor den Banken noch zu retten.

Ulla Lötzer, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, kommentiert die Debatte zur Euro-Krise im Bundestag



# Bäder für alle, alle Bäder erhalten

Am Samstag, dem 17. September demonstrierten etwa 400 Kölnerinnen und Kölner für den Erhalt der Schwimmbäder in Nippes und Weiden. Sie wollten damit vor der entscheidenden Sitzung des Stadtrates am 13. Oktober zeigen: Auch diese beiden Schwimmbäder werden gebraucht, um in der Stadt die Anforderungen an den Schwimmbetrieb erfüllen zu können.

Weil demnächst das Stadion-Hallenbad und der Lentpark eröffnet werden können, schlagen Stadtverwaltung und Bäder GmbH dem Stadtrat vor, im Februar nächsten Jahres die Schwimmbäder in Nippes und Weiden zu schließen. Diese Bäder werden überwiegend von Schulen und Vereinen genutzt, damit mehr Menschen und vor allem Kinder schwimmen lernen, um Sport zu trei-

den auf 13 Mio. jährlich begrenzt werden. Heute plant das Unternehmen wegen der teuren Neubauten mit 18 Mio. Verlust jährlich. Das zeigt, dass es eine bewusste politische Entscheidung ist, wie hoch die Schwimmbäder in Köln subventioniert werden.

Schwimmbäder brauchen wir für unsere Gesundheit, für unseren Spaß, für das soziale und das Vereinsleben; sie sind wichtig für alle Altersgruppen. Die Frage ist nicht, ob Bäder Verluste machen, sondern was nötig ist, um eine gute Versorgung mit Schwimmgelegenheiten sicher zu stellen.

Der Weiterbetrieb von Nippes und Weiden ist nicht einmal besonders teuer. Durch die großen Investitionen für die Neubauten Ossendorf, Stadion-Bad und Lentpark, zahlen die KölnBäder jedes Jahr 7 Millionen Euro

## Ausreichend Schwimmfläche?

Selbst wenn die Rechnung bezüglich der Verteilung der Kurse, Vereine und Schulen von Nippes und Weiden auf den Lentpark, das Stadionbad und Chorweiler zum Stichtag der geplanten Schließung aufgehen würde, selbst wenn man zu diesem Tag die Komplettbelegung des Lentparks und des Stadion-Hallenbades für zwei Tage pro Woche durch Schulen und Vereine und damit die Sperrung für die Öffentlichkeit für zumutbar hält, muss doch auffallen, dass diese Rechnung in wenigen Jahren hinfällig sein wird.

Die „Rundschau“ vom 20.8.2011 zitiert Frau Sozialdezernentin Dr. Agnes Klein zur demografischen Entwicklung im Stadtbezirk Nippes: „Wir brauchen wegen der steigenden Kinderzahlen zwölf zusätzliche Kitas –

die Chance, günstig im Veedel gelegene Bäder zu bauen. Dr. Klein weist selbst darauf hin, dass Nippes weitgehend bebaut ist. Neue Bäder müssten demnach weiter außerhalb gebaut werden, zu den höheren Kosten eine Neubaustätten kämen Probleme mit der Verkehrsanbindung hinzu. Es ist unverantwortlich, diese Bäder zu schließen, zu zerstören und die Standorte aufzugeben.

## Bäder für Alle

Es wäre längst noch nicht alles prima, wenn die Bäder in Nippes und Weiden erhalten blieben. Der Eintritt ist in Köln generell zu teuer. Ein Badbesuch kostet für Erwachsene zwischen 3,80 und 5,40 Euro, für Jugendliche unter 17 Jahren mindestens 3,20 Euro. Geringverdiener oder Erwerbslose können sich und ihren Kindern den Badbesuch nur selten leisten. Während der Köln-Pass für Geringverdiener und Erwerbslose in vielen städtischen Einrichtungen zu einer Ermäßigung von 50% berechtigt, beträgt diese bei den Bädern lediglich 25 %.

Die Geschäftsführung der KölnBäder verweist stolz darauf, dass jede/r Schwimmer/in in Köln nur mit rund 6,60 Euro subventioniert wird, in anderen Städten mit Summen zwischen 7 und 9 Euro. Die Stadt Köln gibt weniger Geld pro Schwimmer/in aus, weil diese über die hohen Eintrittspreise einen größeren Eigenanteil tragen. In Köln ist das Schwimmen unsozialer geregelt als in anderen Städten.

Durch die Schließung von Nippes und Weiden würde es noch unsozialer: Längere Wege und mehr Kombi-Bäder bedeuten höhere Eintrittspreise und Fahrtkosten. Wir brauchen stattdessen Bäder für Alle: Im Veedel. Und bezahlbar.

*Claus Ludwig, Mitglied des Rates  
Klaus Roth*



ben, damit Senioren sich fit halten können und um Rettungsschwimmer auszubilden. Dass die Begründung nichts taugt, gab Berthold Schmitt, Geschäftsführer der KölnBäder GmbH in der Sportausschusssitzung am 20. September unumwunden zu. Für viele Gruppen, zum Beispiel des Betriebsports, ist dann in den städtischen Bädern kein Platz mehr.

## „Zu teuer“

Wollte man ein Schwimmbad kostendeckend betreiben, müsste man 12 – 15 Euro Eintritt verlangen. Dann könnten sich die meisten Kölnerinnen und Kölner den Besuch nicht leisten. Es ist gerade der gesellschaftliche Auftrag der kommunalen Bäder, den Einwohnern unabhängig von ihrem Einkommen zu ermöglichen, schwimmen zu lernen und sich sportlich zu betätigen. Dafür sind städtische Zuschüsse notwendig. Machen die Schulen ihren Schwimmunterricht im Bad, dann ist es quasi ein Klassenzimmer. Bei einer Schule fragt auch keiner nach der Kostendeckung. Und wie viel Kosten werden an anderer Stelle eingespart, wenn ausreichend Schwimmbäder da sind und die Kölnerinnen und Kölner durch das Schwimmen gesund bleiben?

2007 sollte die Schließung dazu führen, dass die Verluste der KölnBä-

der alleine für Zinsen und Tilgung der Kredite, der Weiterbetrieb von Nippes und Weiden würde lediglich 1,4 Mio. Euro jährlich kosten. Das heißt: Erhalten wir Nippes und Weiden: So viel Schwimmbad für so wenig Geld bekommen wir nie wieder!

## Städtische Finanzen

Die Verluste der Bäder GmbH – in den letzten Jahren zwischen 12 und 18 Mio. Euro jährlich – werden vom Mutterkonzern Stadtwerke (SWK) ausgeglichen. Die SWK zahlen jedes Jahr zwischen 60 und 80 Mio. Euro an die Stadt Köln, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die sind entstanden, weil die Kommunen unterfinanziert sind. Auf Bundesebene haben alle Regierungen der letzten Jahre Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne beschlossen, die entstehenden Lücken der öffentlichen Haushalte wurden an die Kommunen weitergereicht. Die müssen mit immer weniger Geld mehr Aufgaben bewältigen. Dazu kommt eine Politik vor Ort, mit der die Umverteilung zu Gunsten der Besitzenden fortgesetzt wurde: Projekte wie die Nord-Süd-U-Bahn oder die Messehallen Nord nützen nicht der Bevölkerung, sondern lediglich den privaten Investoren, den Baukonzernen und den Banken, welche die Kredite geben.

zum Teil als Neubauten, zum Teil als Erweiterung ... Aber voraussichtlich wird das nicht einmal ausreichen.“ Laut einer Prognose der Stadt wird der Stadtteil Nippes bis 2025 um 9,2% wachsen, das sind rund 3.000 Menschen, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Dr. Klein befürwortet wohnortnahe Bildungsangebote nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“. Mehr Kitas, mehr Schulen in Nippes, aber kein Schwimmbad mehr? Kurze Wege zur Schule, aber lange Wege zum Schwimmsport? Das kann nicht die Antwort der Stadt auf die Entwicklung in Nippes und Weiden sein.

Die KölnBäder GmbH selbst stellen die Prognose auf, dass die „Zahl nicht vereinsgebundener Schwimmerinnen und Schwimmer zunehmen wird“, es gäbe auch zukünftig eine „konstante Auslastung durch Vereinssport“. Laut KölnBäder würde der „Urlaub zu Hause & Köln-Pass wichtiger“, es gibt „zusätzliche Nachfrage“ und dadurch, dass die; „Zahl der Senioren (...) steigen“ wird. Aber schon für den heutigen Bedarf ist nicht genug Wasserfläche vorhanden.

Sollte sich in einigen Jahren die Schließung der Bäder in Nippes und Weiden selbst nach der Logik von Stadtspitze und Bäder GmbH als Fehler herausstellen, gibt es nicht mehr



*Kostenlos zu beziehen:  
DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln  
Haus Neuerburg · Gülichplatz 1-3 ·  
50667 Köln*

# Düsseldorfer Schulkompromiss zementiert getrenntes Lernen

Vom Arbeitgeberverband bis zu den Gewerkschaften, von der CDU bis zu den Grünen – anscheinend erntet der „Düsseldorfer Schulkonsens“ Zustimmung von allen Seiten. Was beinhaltet er genau und ist die Begeisterung berechtigt?

Und was geschieht nun in Köln? Werden nun statt der gestoppten Gemeinschaftsschulen die längst nötigen Gesamtschulen gegründet?

Das Wesentliche: eine neue Schulform wird eingeführt – die Sekundarschule. Und in der Landesverfassung wird der Bestand des gegliederten Schulwesens – sprich: von Gymnasien, Haupt- und Realschulen – garantiert.

Eine „Sekundarschule“ umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn. Die Mittlere Reife und der Hauptschulabschluss werden an dieser Schule erreicht, die Schülerinnen und Schüler mit einem „Qualifikationsvermerk“ können auf eine gymnasiale Oberstufe wechseln. Aber: Sekundarschulen dürfen keine eigene Oberstufe haben – sie sollen den Gymnasien keine Konkurrenz machen. Das kann eine Gemeinschaftsschule sein, wie sie die SPD-Grüne Koalition einführen wollte, erst als Schulversuch, dann flächendeckend. Eine Sekundarschule kann aber auch das CDU-Modell einer Verbundschule sein, in der Haupt- und Realschulen unter einem Dach zusammengefasst werden, ohne dass die Bildungsgänge wirklich zusammengelegt werden.

Eine integrierte Schule mit Abitur ist keine Sekundarschule, sondern eine Gesamtschule. Gesamtschulen werden den Sekundarschulen gleichgestellt. Auch sie brauchen 25 Kinder pro Klasse, nicht mehr 28, wie bisher. Für Gesamtschulen sind vier Parallelklassen nötig, damit daraus später eine gymnasiale Oberstufe werden kann. Eine Sekundarschule, also ohne gymnasiale Oberstufe, braucht nur

75 Kinder für drei Parallelklassen. Damit ist klar: Die Sekundarschule ohne Oberstufe ist etwas für kleine Gemeinden, die keine hundert Schüler zusammenbringen.

Die Landesregierung überlässt es den Gemeinden, welche Schulen sie einrichten und wie es in den Schulen aussieht – ob über die Klassen fünf



und sechs hinaus gemeinsam gelernt wird oder nicht, ob sie Sekundarschulen, Gesamtschulen oder gar nichts einrichten. Sie nennt das Politik der Ermöglichung. Doch es ist eine Politik der Beliebigkeit: Das Land ist verantwortlich für die Schulpolitik und das Schulsystem. Nun schiebt die Landesregierung die Verantwortung an die Kommunen ab. Da schimpfen die Eltern – mit Recht – über den föderalen Flickenteppich: Es gibt mittlerweile über 100 verschiedene Schulformen in den 16 Bundesländern! In NRW treiben wir es auf die Spitze und überlassen es nun jeder Gemeinde, sich ihr Schulsystem selbst zu basteln. Sicher: es ist gut, wenn Entscheidungen an der Basis fallen, also

in den Kommunen. Aber es muss einen gemeinsamen Rahmen geben, und der verschwindet zusehends.

Hanno Bennemann, Schulleiter einer Aachener Realschule, hat die Erfahrung gemacht: Bei ihm melden vor allem die Eltern ihr Kind an, die keinen Platz mehr an einer Gesamtschule bekommen haben. Eltern wollen eine Schule, an der ihr Kind das Abitur machen kann. Deshalb hat er nun aus seiner Realschule eine Gesamtschule gemacht. Es ist im Interesse der Kinder, überall, wo es möglich ist, Gesamtschulen zu gründen und sich nicht mit Sekundarschulen zufrieden zu geben.

In Köln wurden im letzten Schuljahr über 600 Kinder abgelehnt, die an Gesamtschulen angemeldet wurden. Das wären genug, um sechs neue Gesamtschulen zu gründen. Da ist es einfach widersinnig, wenn hier statt – mindestens vierzügigen Gesamtschulen nur Sekundarschulen gegründet würden, an denen man kein Abitur bekommen kann!

Und das ist das Problem der Sekundarschulen: Ohne die Möglichkeit des Abiturs werden sie nur zweite Wahl bleiben, zumal, wenn auch noch die Gymnasien ihre „schlechten“ Schüler an sie weiterreichen können. Eine Restschule lässt sich nur vermeiden, wenn man wirklich eine Schule für alle schafft, in der es keine Grundschulpfehlungen mehr gibt, weil diese Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse geht. Das ist übrigens als Schulversuch auch weiterhin in Nordrhein-Westfalen möglich. Die Wartburg-Schule in Münster, ausgezeichnet mit dem Deutschen Schulpreis, will das werden, und die Martin-Luther-King-Schule in Köln, eine Hauptschule, deren Schulleiter eine „Individualschule“ von Klasse eins bis 13 unter einem Dach anstrebt.

## Rot-Grün garantiert das gegliederte Schulsystem

Problematischer als die Einführung der Sekundarschule ist die von der großen Schulkoalition von SPD, Grünen und CDU beschlossene Verfassungsänderung. Künftig soll das Land alle Schulformen des gegliederten Schulsystems garantieren. Wann werden die ersten Eltern klagen, weil keine Realschule mehr in zumutbarer Nähe ist?

Oder Gemeinden, weil sie ihr Gymnasium durch die benachbarte Gesamtschule im Bestand gefährdet sehen, weil ihr die Konkurrenz Schüler wegnimmt?

Wie kann verhindert werden, dass aus den Sekundarschulen Auffangbecken für die Bildungsverlierer werden, also ein Rettungsanker für die Gymnasien? Dazu ist als erstes nötig, dass Gymnasien künftig nicht mehr missliebige, von ihnen als ungeeignet eingestufte Schüler gegen ihren Willen an Sekundarschulen abgeben können. Das haben SPD und Grüne im Koalitionsvertrag versprochen. Jetzt ist keine Rede mehr davon. Integrierte Schulen, also Sekundarschulen und Gesamtschulen, brauchen die gleichen Rechte wie die gegliederten Schulen. Das heißt: Kinder – und Eltern – brauchen einen gesicherten Anspruch auf einen Platz in einer integrierten Schule. Wer trotz entsprechender Empfehlung keinen Platz im Gymnasium oder der Realschule bekommt, der kann vor Gericht gehen, denn er hat einen Anspruch darauf. Und was ist mit den landesweit 14 000 Eltern und Kindern, die vor verschlossenen Gesamtschultüren standen?

Es ist das Mindeste, was man von einer SPD-Grünen Regierung erwarten kann, dass sie den Eltern die gleichen Rechte einräumt, die ihr Kind in einer Gesamtschule oder Sekundarschule unterbringen wollen.

Karl-Heinz Heinemann

## Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung für uns alle!

Umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen sind nötig, um den stattfindenden Klimawandel noch zu mindern.

Neben umfassenden Klimaschutzmaßnahmen von Wirtschaft und Öffentlicher Hand sind grundlegende und dauerhafte Verhaltensänderungen aller Menschen notwendig, auch in Köln.

Die Stadt Köln ist durch ihre Mitgliedschaft (seit 1992) im Klimabündnis der europäischen Städte und

ihren Beitritt zum Europäischen Bürgermeisterkonvent (in 2008) zu anspruchsvollen gesamtstädtischen Klimaschutzzielen verpflichtet. Viel geschehen ist bisher nicht.

Am 12.9.2011 fand jetzt im Ratssaal die Veranstaltung „Gutachten zum Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Köln“ statt. Zwei Gutachten zu den Teilbereichen Energie und Mobilität sowie Ergebnisse des Klimaschutz-Bildungskonzeptes wurden den Anwesenden vorgestellt. Sie sollen die Basis bilden für das fertige Klimaschutzkonzept, das voraussichtlich Ende des Jahres 2011 veröffentlicht werden wird.

Wofür die Stadt Köln Gutachten braucht, hätte sie teilweise auch im Kommunalwahlprogramm der LINKEN von 2009 nachlesen können. Dort heißt es unter anderem:

### Energie

„Grundlagen jeder Energiepolitik sind:

- So wenig Energie verbrauchen wie möglich,
- solche Energien nutzen, die regenerierbar sind. Beide Punkte greifen in das individuelle Leben ein, aber auch in das Leben in der Gemeinschaft und somit in die Politik.“ ...

### „Die Stadt als Vorbild

Die beste Energiequelle ist die Energieeinsparung. Sie belastet die Umwelt nicht und steht damit auf der Liste der Maßnahmen ganz oben.“

### Verkehr

„DIE LINKE setzt eindeutige Prioritäten in der Verkehrspolitik:

- Fußgängerverkehr ist Radverkehr vorzuziehen,
- Radverkehr ist dem ÖPNV vorzuziehen und
- Der ÖPNV ist dem Auto und anderen motorisierten Fahrzeugen vorzuziehen.“

# Gemeinsam auf die Straße – Für bessere Bildung!

In Köln hat sich ein breites Bündnis aus linken Jugendorganisationen, Studierendenvertretungen, SchülerInnenvertretung und Gewerkschaftsjugend zusammengeschlossen, um neue Bildungsproteste zu organisieren. Obwohl die Botschaft der letzten Bildungsstreiks laut und deutlich war, hat die Landesregierung nicht ausreichend Konsequenzen gezogen. Zwar hat der Druck von der Straße bewirkt, dass die Studiengebühren und die Kopfnoten abgeschafft wurden. Doch

fordern deshalb: „Gymnasium“ oder besser: eine Schule für Alle!“

Im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik wurden im Jahr 2008 nur 4,8% für Bildung ausgegeben. Der internationale Durchschnitt liegt bei 5,7%. Nach Berechnungen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft hätte die Bundesrepublik 2008 gut 22,5 Milliarden Euro mehr für die Bildung aufwenden müssen, um den Durchschnitt zu erreichen.



Kurz vor der Abschaffung der Studiengebühren demonstrieren Kölner SDS-AktivistInnen im Landtag

die Probleme im Bildungssystem sind noch immer groß. Zahlreiche junge Menschen finden keine Ausbildungs- oder Studienplätze. Während im internationalen Durchschnitt mittlerweile 59,3 % eines Jahrgangs ein Studium beginnen, sind es in Deutschland nur 39,7 %. Viele junge Menschen werden diesen Herbst ohne Ausbildungsperspektive dastehen. Kinder aus Arbeiterfamilien oder mit Migrationshintergrund sind besonders betroffen. Sie werden im deutschen Bildungssystem systematisch benachteiligt.

Deswegen wollen junge AktivistInnen nun am 17.11. in zahlreichen Städten erneut auf die Straße gehen und ihren Protest ausdrücken darüber, dass noch immer viel zu wenig passiert ist, um die Lage zu verbessern.

So sagt Katharina Sass, aktiv beim Studierendenverband DIE LINKE.SDS und in der Studierendenvertretung der Universität zu Köln: „SPD und Grüne weigern sich, endlich eine Schule für Alle einzuführen. Stattdessen haben sie mit der CDU beschlossen, das mehrgliedrige Schulsystem in der Verfassung festzuschreiben. Bildungsstreik-AktivistInnen empfinden das als Schlag ins Gesicht. In Deutschland entscheiden das Bildungsniveau und der Geldbeutel der Eltern, ob ein Kind aufs Gymnasium und später auf die Universität gehen darf oder nicht. Mit Intelligenz hat das nichts zu tun. Wir

Dazu schreibt das Kölner Bildungsstreik-Bündnis in seinem aktuellen Aufruf: „Angeblich ist in einem der reichsten Länder der Welt, das für hunderte Milliarden Euro Banken vor sich selbst rettet und Krieg führt, kein Geld da für mehr Studienplätze oder auch nur ein bezahlbares Mittagessen an Schulen. Gleichzeitig wächst das Vermögen der reichsten 10% der Bevölkerung (denen über 60% des gesamten Vermögens gehören) jede Sekunde um mehr als 8 100 EUR. Alle Bildungsausgaben zusammen – von der Kita bis über das Studium hinaus betragen dagegen nur 3 800 EUR pro Sekunde. Würden also die reichsten zehn Prozent einen Teil ihrer zusätzlichen Gewinne als Steuern abgeben, wären damit alle notwendigen Verbesserungen bezahlbar.“

In Köln werden deshalb Schülerinnen und Schüler, Studierende und Azubis gemeinsam auf die Straße gehen. Alle anderen Menschen, die sich den Forderungen der jungen Leute anschließen können, sind aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen!

**Tag des Protestes: 17.11.2011**  
**Start der Demonstration:**  
**10 Uhr, Treffpunkt: Albertus-Magnus-Platz (vor dem Hauptgebäude der Kölner Universität) oder Deutz, Eitorfer Str. (in der Nähe der Köln Arena)**

Und das sind die Forderungen des Kölner Bildungsstreik-Bündnisses, dem auch der Studierendenverband DIE LINKE.SDS und der Jugendverband LinksjugendSolid angehören:

## **Bildung und gute Arbeit für Alle**

- Eine Schule für Alle
- Studien- und betriebliche Ausbildungsplätze für Alle
- „100 % Übernahme“ – Die Auszubildenden nach Beendigung der Lehre in ein Vollzeitverhältnis übernehmen

**Die Linke.SDS Köln lädt ein: Veranstaltung mit Gesine Löttsch, Parteivorsitzende der LINKEN »Bildung in der gespaltenen Gesellschaft«**

Nach dem Vortrag besteht die Möglichkeit zu Fragen und Diskussion.

**Termin: Mittwoch, 16.11. 19.30 Uhr Hörsaal B, Hörsaalgebäude Albertus-Magnus-Platz**

**Interessierte sind jederzeit herzlich eingeladen, im SDS aktiv zu werden.**

**Wir treffen uns wöchentlich. Informationen unter: <http://koeln.linke-sds.org>**

- gesetzlicher Mindestlohn
- Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen, sowie von Zeit- und Leiharbeit

## **Lernen, forschen und arbeiten für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Fortschritt statt für Profite**

- Lernen braucht Zeit, keinen Leistungsdruck: G8 und Regelstudienzeiten abschaffen
- Modularisierung des Studiums und credit points abschaffen; Vollstudium (z.B. Master) für alle
- Bildung für den Frieden: Bundeswehr und Rüstungsindustrie raus aus allen Bildungseinrichtungen
- Alle Gremien paritätisch besetzen und undemokratische Hochschulräte abschaffen

## **Bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung statt Kürzungspolitik**

- Abschaffung der Bildungsgebühren von der Kita bis ins hohe Alter; elternunabhängiges BAFÖG
- Mehr LehrerInnen, maximal 20 SchülerInnen pro Klasse
- gewünschter Kitaplatz für jedes Kind

DIE LINKE.SDS

## Das finde ich gut

### **Bürgerbefragung Godorf**

Ich bin hochqualifizierter „Ost-Arbeiter“ aus Russland und wohne seit 11 Jahren in Köln. Ich muss alle Steuern und Abgaben in voller Höhe zahlen. Wählen darf ich aber überhaupt nicht. Ich habe nichts gegen eine Einbürgerung in der BRD. Aber nicht nach den Regeln der aktuellen „Boden-und-Blut“-Gesetzgebung. Da muss ich meine russische Staatsangehörigkeit abgeben. Meine ethnischen Wurzeln und Verknüpfungen zur herrlichen russischen Zivilisation und Kultur will ich auf keinen Fall verlieren und mich nicht als „entwurzelter Unterbürger“ in die BRD von unten „integrieren“. Deswegen ist die Initiative der LINKEN bei der Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen sehr lobenswert. Nach elf entmündigten Jahren habe ich zum ersten Mal die Möglichkeit bekommen, mit zu entscheiden. Weiter so!

Wladimir N., Dipl.-Ing.

**Laut und stark** so präsentierte sich die Jugend der IG Metall am 1. Oktober in Köln. Und laut und stark müssen Jugend und Gewerkschaft auch sein, um für sich eine Zukunft zu sichern. Der erste Schritt da hin ist die laut und stark geforderte unbefristete Übernahme. DIE LINKE steht laut und stark an eurer Seite, denn eure Zukunft ist auch die unsere!

### **LINKE Position setzt sich durch: FH bleibt auf der Schäl Sick**

Das ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der FH bleibt auf der rechten Rheinseite. SPD, CDU, Grüne und FDP wollten ursprünglich den Umzug in die Südstadt. Nur die LINKE hat sich von Anfang an für den Verbleib der Hochschule ausgesprochen. Der Verbleib der FH wird sich sehr positiv auf die Entwicklung des Rechtsrheinischen auswirken. Es besteht die Chance, dass Studentenkneipen, Buchläden, Kunst- und Kulturstätten im Umfeld der FH entstehen, denn die neue FH soll besser in die Stadt integriert sein. Lücken, die durch den Abbau der Industrie entstanden sind, können nun qualitativ hochwertig geschlossen werden. Die Chancen auf Ansiedlung von wissenschaftsnahen Dienstleistungen im Umfeld der FH sind mit der Gewissheit über den Standort verbessert. Neue Arbeitsplätze können auf der bisher benachteiligten rechten Rheinseite entstehen. Die ursprünglichen Umzugspläne standen augenscheinlich mit einem Grundstücksdeal über 80 Mio. Euro im Zusammenhang. Sollte der Umzug nur stattfinden, damit einige Geschäftsleute den großen Reibach machen? M. Weisenstein

## 17. Oktober startet der Bürgerhaushalt

Am 17. Oktober startet der dritte Bürgerhaushalt der Stadt Köln. An den ersten beiden Bürgerhaushalten hatten sich jeweils 10 000 Personen beteiligt und sehr gute Vorschläge gemacht, die von der Verwaltung teilweise umgesetzt wurden.

Der Bürgerhaushalt ist eine Internetplattform, in der jeder zu den Themen Jugend, Kultur und Wirtschaft Vorschläge machen oder kommentieren kann. Dieses Jahr endet die Vorschlagsphase am 6. November. Ab dem 7. November beginnt die Bewertungsphase, d. h. jeder kann Punkte für Vorschläge abgeben. Die 25 besten Vorschläge werden dann umgesetzt. Bewertungen sind bis zum 13.11. möglich. Gerade die Themen Jugend und Kultur sollten Themen sein wo viele Kölnerinnen und Kölner Vorschläge machen können.

Beteiligen Sie sich!

Jörg Detjen

[www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt](http://www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt)

## Das ärgert mich:

### Kölns soziale Einrichtungen unter Druck

Das Familienzentrum in Ossendorf hat für sozial benachteiligte Kinder 25 Jahre lang Bildungs- und Betreuungsangebote bereit gehalten. Am 29. Juli haben die Mitarbeiter bekannt gegeben, dass sie ihre Arbeit einstellen müssen. Das Zentrum wird nicht weiter gefördert und muss schließen. Ähnliche Schwierigkeiten hat der Lobby für Mädchen e.V. Immer mehr Fördermittel werden gestrichen. Ein großer Teil der Arbeit wird über Spenden finanziert. Es werden dringend ehrenamtliche Mitarbeiterinnen für den Interkulturellen Mädchentreff gesucht. Die Mädchenberatungsstelle ist für Mädchen und junge Frauen von 12-27 Jahren da.

### Ein Sommernachts-Alptraum

„pro Köln“ hat ganz große Pläne: Auf einer der Gruppe nahestehenden Website ([www.ju-ehrenfeld.de](http://www.ju-ehrenfeld.de)) wurde die Gründung der ersten Kölner Bürgerwehr verkündet. Ob es sich bei dieser Bürgerwehr um eine militante Vereinigung Rechtsextremer handelt oder um Wichtigtuerei, ist noch nicht geklärt. Jedenfalls wird stolz gemeldet, dass man schon einen Auto-Brandanschlag verhindert habe. Es muss also die Frage gestellt werden, ob „pro Köln“ dabei ist, eine „wehrhafte“ parteinahe Gruppe zu formieren. Vor allem nach Oslo und Utöya ist klar, dass die sogenannte islamkritische Szene gewaltbereit ist.

# Wohnen in Kalk muss bezahlbar bleiben!

Das kommunale Unternehmen GAG Immobilien AG besitzt in Kalk-Nord etwa 1 100 Wohnungen. Es plant in den nächsten 10 Jahren umfangreiche Sanierungsmaßnahmen, von einfacher Wärmedämmung bis zum Abriss von Häusern und anschließendem Neubau. Vor allem der mögliche Abriss des Wohnblocks zwischen Remscheider-, Falckenstein-, Alberman- und Manteuffelstraße sorgt für Unruhe bei den Mieterinnen und Mietern.

DIE LINKE hatte Frau Wegerich, Vorstandsmitglied der GAG zu einer Veranstaltung über die Entwicklung in Kalk-Nord eingeladen. Beteiligt waren auch die LINKE Landtagsabgeordnete Özlem Alev Demirel und Heinz-Peter Fischer, Mitglied in der Bezirksvertretung Kalk.

Die Botschaft der GAG hört sich gut an: Geplant ist der Bau von Sozialwohnungen. Vor Beginn der Arbeiten wird mit jedem Haushalt gesprochen, um eine Lösung zu finden. In jedem Fall werden Umzugspläne erarbeitet und Ersatzwohnungen angeboten.

DIE LINKE meint: Alle, die wollen, sollen im Viertel bleiben können.

Ein großes Problem ist die Finanzierung der Baumaßnahmen. Die hängt davon ab, ob Bund und Land ausreichend Fördermittel zur Verfü-

gung stellen. Die rot-grüne Landesregierung hat aber die Wohnraumförderung von über 1 Mrd. in 2009 auf 850 Mio. Euro in 2011 gesenkt und die schwarz-gelbe Bundesregierung kürzt die Förderung für altengerechtes Bauen.

Wir meinen: Gutes Wohnen ist so wichtig, dass Bund und Land mehr Fördermittel bereit stellen müssen. Die Stadt Köln muss zusätzlich ein eigenes Wohnraumförderprogramm beschließen.

### Für Kalk fordern wir konkret:

••• Mietergärten und Erhalt der grünen Innenhöfe!

••• Die GAG sollte Eigenleistungen der Mieter/innen ermöglichen und dann niedrigere Mieten ansetzen.

••• Möglichst viele Wohnungen müssen barrierefrei sein!

Und dann ist da natürlich noch das Wohnungsunternehmen Deutsche Annington, das in Kalk viele Wohnungen hat. Es häufen sich Klagen, auch weil nicht ausreichend in die Instandhaltung investiert wird. Hier muss Druck gemacht werden! DIE LINKE bleibt am Ball.

Hans Günter Bell  
Gisela Emons



# Köln braucht eine andere Politik

Immer zum Ende der Sommerpause werden die Menschen in diesem Land mit mehr oder weniger gelungenen Interviews beglückt. Auch der Kölner Oberbürgermeister ließ es sich nicht nehmen, die Kölnerinnen und Kölner mit seiner Sicht auf unsere Stadt zu überraschen.

Und was war seine Kernbotschaft? Die Kölner sind übermäßig kritisch. Erstaunt reibt man sich die Augen...

Was kann sich ein Oberbürgermeister eigentlich mehr wünschen, als selbstbewusste, kritische Einwohnerinnen und Einwohner, die Anteil am Geschehen in der Stadt nehmen und ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen einfordern.

Offenbar finden es aber nicht alle in der Stadt gut, dass Köln über eine solche engagierte Bürgerschaft verfügt. Beim Lesen des erwähnten Interviews kann man das Gefühl bekommen, dass unser OB am liebsten wieder die Uhr zurückdrehen würde. Angeblich machen es sich Verwaltung und Rat mit ihren Entscheidungen nie leicht und würden immer gute Kompromisse finden.

Offenbar lebt Herr Roters in einer anderen Stadt. Erinnern wir uns ge-

meinsam: Meist waren die politischen Akteure im Rat bei wichtigen Themen heillos zerstritten und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erfolgte nur nach öffentlichem Druck. Das war sowohl bei der Debatte um das Opernquartier als auch beim Godorfer Hafen so. Gerade die rot-grüne Koalition geht vor allem mit dem Markenzeichen voran, sich bei den wichtigen Themen uneins zu sein.

Vielmehr brauchen wir eine Verwaltung und einen Rat, die in Zukunft frühzeitig die Betroffenen einbeziehen. Da sollte man weniger Kritik fürchten als vielmehr darauf setzen, dass die Menschen, die in dieser Stadt leben, ein gutes Gefühl dafür haben, was die Stadt braucht und was nicht.

Und noch eins fällt auf: Zu den sozialen Problemen dieser Stadt hat der OB nichts zu sagen. Kein Wort zu der immer noch hohen Zahl von Arbeitslosen, kein Wort zu denen, die vom Aufschwung ausgegrenzt werden. Die interessiert vor allem, wie in Köln Arbeitsplätze geschaffen werden, bei denen man ein Erwerbseinkommen erzielen kann, bei dem man nicht

mehr auf staatliche Hilfe angewiesen ist.

Auch zum drängenden Problem in Köln, dass es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen in dieser Stadt gibt, ist vom OB nichts zu hören.

Es bleibt das Gefühl, dass der OB und seine Koalition, sich entweder mit schönen Leuchtturmprojekten befassen oder mit sich selbst. Beides reicht nicht, um diese Stadt nach vorn zu bringen.

Genau deswegen ist es gut, dass die Menschen dieser Stadt, ihre Geschicke immer wieder selbst in die Hand nehmen, Alternativen aufzeigen und Druck von unten machen. Das gilt bei der Frage der Rettung aller Kölner Bäder, genau wie bei möglichen weiteren dramatischen Einschnitten im Kultur- und Sozialbereich, die durch die rot-grüne Koalition bereits angekündigt sind.

Auf eins ist aber Verlass: DIE LINKE wird an der Seite der Menschen dieser Stadt stehen und ihre konsequente Oppositionspolitik gegen die ideen- und konzeptionslose Stadtregierung fortsetzen.

Torsten Löser, Sprecher  
Kreisverband Die LINKE Köln

Vier Wochen nach den Anschlägen des 11. September 2001 begann die NATO mit deutscher Beteiligung ihren Krieg gegen Afghanistan. Man kann Terrorkommandos nicht bekämpfen, indem man Staaten und der Zivilbevölkerung den Krieg erklärt – so wird nur die Spirale der tödlichen Gewalt vorangetrieben. Dies weiß auch die Bundeswehr, erklärt sie doch, das die internationale Afghanistan-Armee „ISAF im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter sowie der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen [unterstützt].“ Die Legende von den „bewaffneten Entwicklungshelfern“ ist längst widerlegt. Der ehemalige Bundespräsident Köhler sprach im Mai 2010 aus, was alle Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft wissen: „In meiner Einschätzung sind wir insgesamt auf dem Wege, in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe (...) auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren – zum Beispiel freie Handelswege (...) das soll diskutiert werden – und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“ Diese Klarheit brüskierte all diejenigen, die Menschenrechte und die Verteidigung der Frauenrechte

# Bundeswehr raus aus Afghanistan – Sofort!



zur Begründung des Einsatzes in Afghanistan instrumentalisierten. Wenige Tage später trat Köhler zurück.

Doch der Ex-Bundespräsident hat Recht behalten. Der deutsche Einsatz in Afghanistan hat die Situation der Menschen nicht verbessert – im Ge-

genteil. Im März dieses Jahres berichtete das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, dass in Afghanistan jährlich 25.000 Frauen bei der Geburt eines Kindes sterben, dass jedes vierte Kind vor dem fünften Lebensjahr stirbt. 40 % der Afghanen leben unterhalb der Armutsgrenze und sind vom Hunger bedroht. Die Arbeitslosigkeit liegt über 75 %. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben nur 19 Prozent der städtischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Nicht einmal jeder Vierte kann lesen und schreiben. Das Welternährungsprogramm meldet, dass es jährlich 72 000 neue Fälle von Tuberkulose gibt und jedes Jahr 15 000 daran sterben.

Die afghanische Regierung ist gar nicht daran interessiert, die Missstände zu beseitigen. Sie interessiert nur ihr eigener Gewinn. Europa und die USA haben Hamid Karzai als Regierungschef eingesetzt. Sie nutzten dafür die erste Konferenz auf dem Petersberg im Dezember 2001. Bis dahin war Karzai bei dem amerikanischen Ölkonzern Unocal, der zu Chevron gehört, tätig. Bei den Wahlen hat allein der Betrug das Ergebnis bestimmt. Im August 2009 erreichte Karzai trotzdem nur knapp mehr als 50 Prozent. In vielen Wahlbezirken wurden dabei mehr Stimmen abgegeben, als Wahlberechtigte registriert waren. Minderjährige stimmten ab und viele Männer warfen Stimmzettel

für zahlreiche reale oder behauptete Frauen in die Urnen. Demokratie hat die NATO nicht eingeführt. Es blühen nur zwei Wirtschaftszweige: die Korruption und der Anbau von und Handel mit Opium. Hier ist der afghanische Anteil am Weltmarkt von 11 Prozent zu Beginn des Krieges auf inzwischen 95 Prozent gestiegen.

Der Krieg in Afghanistan ist in einer Sackgasse. Wir alle wissen das. Im Mai 2010 erklärten in einer Umfrage 59 % der Befragten, die Beteiligung Deutschlands am Krieg im Afghanistan sei ein Fehler gewesen. Bereits im April sprachen sich laut Forsa 62 % der Deutschen für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus. Trotzdem verlängern CDU/CSU, FDP, SPD und die Grünen das Mandat immer weiter. Jetzt ist die Rede davon, die Macht schrittweise in die Hand afghanischer Sicherheitskräfte zu geben, was zu einem Bürgerkrieg unter deutscher Aufsicht führen wird. Und das bedeutet nicht nur eine Verlängerung des Elends für das afghanische Volk, sondern auch immer mehr Tote. Wäh-

## Bundesweite Demonstration

**Samstag, 3.12.2011, 11.30 Uhr, Bonn, Kaiserplatz (Nähe Hauptbahnhof)**

**Schlusskundgebung ab 14.00 Uhr, Kaiserplatz mit Beiträgen aus der internationalen Friedensbewegung**

**Internationale Antikriegskonferenz Sonntag, 4.12.2011, 10 – 19 Uhr LVR-LandesMuseum Bonn Colmantstr. 14-16 (Nähe Hauptbahnhof)**

**Proteste gegen die Regierungskonferenz Montag, 4.12.2011 ab 8.00 Uhr, Königswinter und Mehlem um 11.00 Uhr Schiffsdemo 11.55 Uhr am alten Bundestag**

rend die Zahl der Opfer unter den Besatzern bei 2 600 liegt, darunter 53 Bundeswehrsoldaten und 3 deutsche Polizisten, wird die Zahl der afghanischen Opfer in diesen zehn Jahren auf über 25 000 geschätzt.

Humanitäre Hilfe, das geht nur ohne Krieg. Das ist die Erfahrung der dort tätigen Hilfsorganisationen – diese und die Afghanen müssen beim Aufbau ihres Landes massiv unterstützt werden. Statt immer neue Soldaten zu schicken, muss sich Deutschland für einen gerechten Welthandel einsetzen. Die Bundeswehr muss abziehen – die Afghanen wollen keine Besatzung.

*Klaus Roth  
Dirk Hansen*

## Chronik eines Krieges

**November 2001:** Hamid Karzai ist auf Einladung der deutschen Bundesregierung auf dem Petersberg in Bonn. Diskutiert wird über den Wiederaufbau Afghanistans und die weitere Zusammenarbeit.

**Dezember 2001:** 1. ISAF Mandat durch den deutschen Bundestag. Hamid Karzai wird Chef einer Übergangsregierung.

**Anfang 2002:** Der Bremer Murat Kurnaz wird als US-Gefangener in Kandahar von deutschen KSK-Soldaten misshandelt. Erst Jahre später wird er ohne Anklageerhebung entlassen.

**Dezember 2002:** Während eines Erkundungsfluges stürzt ein Transporthubschrauber ab. Sieben deutsche Soldaten werden getötet.

**Juni 2003:** Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Bus der Bundeswehr sterben in Kabul vier deutsche Soldaten, 29 werden verletzt. Die überlebenden Soldaten führen einen jahrelangen Streit um Entschädigungen durch die deutsche Bundesre-

gierung.

**Mai 2007:** Bei einem Selbstmordanschlag in Kundus werden drei Bundeswehrsoldaten und fünf afghanische Zivilisten getötet. Fünf weitere Deutsche werden verletzt.

**Oktober 2007:** Bei einem Selbstmordanschlag auf einen Bundeswehr-Konvoi in Afghanistan werden drei deutsche Soldaten und ein afghanischer Dolmetscher verletzt.

**August 2008:** An einem Kontrollpunkt erschießen deutsche Soldaten drei Zivilisten – eine Frau und zwei Kinder

**September 2009:** Auf Anordnung des deutschen Oberst Klein bombardieren US-Kampfflugzeuge zwei Tanklaster. 142 Zivilisten sterben.

**September 2009:** Die EU wirft Präsident Hamid Karzai Wahlfälschung vor. Im Laufe der Zeit erhärten sich die Beweise, dennoch bleibt Karzai im Amt.

**April 2010:** In der Region Kundus werden drei deutsche Soldaten getötet und acht verwundet. Irrtümlich

erschießen Bundeswehrsoldaten bei diesem Einsatz mindestens fünf afghanische Militärs.

**Februar 2011** Bei einem Angriff auf den Bundeswehr-Außenposten in der Provinz Baghlan tötet ein afghanischer Soldat zwei deutsche Bundeswehrsoldaten.

**Mai 2011:** Bundeswehrsoldaten schießen auf Demonstranten vor ihrem Lager. Mehrere Menschen werden verletzt, mindestens einer getötet. Die Demonstration protestierte gegen einen Militäreinsatz der Nato, bei dem mehrere Zivilisten starben.

**Mai 2011** Zwei Bundeswehr-Soldaten sterben bei einem Anschlag auf ein Treffen beim Gouverneur der Provinz Tachar, fünf werden verletzt, darunter auch der ISAF-Regionalkommandeur Markus Kneip.

**Dezember 2011:** Hamid Karzai ist auf Einladung der deutschen Bundesregierung auf dem Petersberg in Bonn. Diskutiert wird erneut über den Wiederaufbau Afghanistans und die weitere Zusammenarbeit.

# Alt + arm = Wohnung weg?

Vor 40 Jahren, als junges Ehepaar sind Sie mit zwei Kindern in eine 4-Zimmer-Wohnung des sozialen Wohnungsbaus in Köln gezogen. Später gingen die Kinder. Der Partner oder die Partnerin ist verstorben und Sie hatten das Pech schon älter als Fünfzig ihre Arbeit zu verlieren. Schnell landen Sie dann bei „Hartz IV“. Nun bekommen Sie einen Brief von ihrem Jobcenter. Ihre Mietkosten seien viel zu hoch. In Köln stände einer allein stehenden Person eine Wohnung mit maximal 45 m<sup>2</sup> mit einer Nettokaltmiete von 6,90 Euro/m<sup>2</sup>. Hinzu kommt ein Heizkostenzuschuss von maximal 1,30 Euro/m<sup>2</sup> Wohnfläche. Insgesamt darf ein Hartz IV-Bezieher in Köln also eine Warmmiete von höchstens 364 Euro haben. Man fordert Sie auf, die Kosten der Unterkunft zu senken. Dafür haben Sie 6 Monate Zeit. Alter, soziale Bezüge im

Veedel oder besondere Lebensumstände zählen nicht. Schaffen Sie es nicht, die Kosten zu senken, bekommen Sie nur den willkürlich festgelegten Satz von 364 Euro bezahlt. Innerhalb kürzester Zeit kön-

nen Sie Ihre Miete nicht mehr aufbringen, verschulden sich, Obdachlosigkeit droht. Von erschwinglichen Mieten kann in Köln schon lange keine Rede mehr sein. Bei der Sozialberatung der LINKEN wurden immer mehr Menschen deshalb vorstellig. Mit Ihnen haben wir Widersprüche gegen die Einleitung dieses Verfahrens formuliert. Wir begleiten die Betroffenen in die Jobcenter oder in das Wohnungsamt. Nachdem wir feststellen mussten, dass in Köln selbst das schlechte Gesetz nicht eingehalten wird, wurde die LINKE auf Landtags- und kommunaler Ebene in dieser Frage tätig. DIE Linke Erwerbslosen Organisation (L.E.O.) protestierte vor dem Kölner Wohnungsamt. Weitere Aktionen sollen folgen. L.E.O.

Die Linke Erwerbslosen Organisation (L.E.O.) trifft sich jeden ersten Montag in der Geschäftsstelle der LINKEN.Köln Zülpicher Str. 58. Köln, Telefon 2406095



Lebensmittelausgabe in Köln-Mülheim

## Politischer Brunch - Erwerbslosenfrühstück der LINKEN

Seit nun mehr als zwei Jahren führt DIE LINKE jeden Montag zwischen 11 und 14 Uhr den Politischen Brunch – Erwerbslosenfrühstück durch. Wie im Titel ausgedrückt treffen sich hier Menschen, die tagsüber Zeit haben, um sich in lockerer Runde über tagespolitische und andere Themen auszutauschen. Interessenten sind herzlich willkommen! (Spende von 2 Euro erbeten)

Treffpunkt: Freidenker-Zentrum, Bayenstr. 11

## Sozialberatung der LINKEN

In der Sozialberatung der LINKEN.Köln werden Ratsuchende in Fragen von „Hartz IV“ kostenlos beraten. Die Beratung umfasst

- die Erstantragsstellung
- die Überprüfung von „Bescheiden“
- Hilfe bei der Abfassung von Widersprüchen gegen Entscheidungen des Jobcenters.

Die SozialberaterInnen sind selbst Betroffene, die diese Arbeit ehrenamtlich, unter Anleitung einer Volljuristin durchführen. Sie betrachten Ihre Arbeit nicht als „Sozialarbeit“, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe. Derzeit wird die Beratung an drei Standorten durchgeführt. Der Bedarf ist jedoch wesentlich größer, so dass wir weitere MitstreiterInnen suchen.

### Kontakt und Beratungstermine:

- Mittwochs: 11 bis 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN.Köln, Zülpicher Straße 58. Köln, Tel. 2 40 60 95
- Donnerstags: 14 -17 Uhr, Büro der Landtagsabgeordneten Akbayir, Butterwegge und Demirel, Kalk-Mühlheimer Str. 102 -104, (Köln-Kalk, Haltestelle Kalk Post)
- Freitags: 10-13 Uhr im Bürgerzentrum Finkenberg, Stresemannstraße. 6a (Köln Porz, S-Bahn 12, „Steinstr.“)

## Neue Geschäftsstelle

Die LINKE.KÖLN ist umgezogen. Zum 1. Oktober hat der Kreisverband DIE LINKE.KÖLN ein neues Quartier im Zentrum der Stadt. Die Kreisgeschäftsstelle ist nun auf der Zülpicher Straße 58 zwischen Bahnhof Süd und der Mensa der Universität.



## Sie haben fünf Stimmen – Nutzen Sie sie!

Unter dem Motto „Mitreden – mitgestalten – mitentscheiden“ sind alle Kölnerinnen und Kölner über 60 Jahre – immerhin jeder vierte Bürger – aufgerufen, am 21. November die Seniorenvertretung für ihren Stadtbezirk zu wählen.

Während in den meisten anderen Städten Seniorenvertreter von der Verwaltung ernannt werden, haben wir die Chance, selbst zu bestimmen, wer in den nächsten fünf Jahren unsere Interessen vertreten soll. Die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken – jeweils fünf bis sechs Personen – und auf Stadtebene haben Vorschlags- und Mitspracherecht in allen städtischen Gremien zu den Themen, die für ältere Menschen wichtig sind. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, kurze Wege und vielfältige Angebote beim Einkaufen, um Barrierefreiheit in Verkehrsmitteln und öffentlichen Einrichtungen. Es geht um die Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen Leben im Veedel und in der Stadt, unabhängig vom Geldbeutel oder der Herkunft.

Das bedeutet, dass Seniorenvertreterinnen und -vertreter gebraucht werden, die ein offenes Ohr und gute

Ideen für die Menschen haben, die nicht zu den von Geschäftemachern aller Branchen umworbenen „reichen Alten“ gehören.

In den Stadtbezirken Ehrenfeld und Lindenthal schlägt DIE LINKE eine Kandidatin und einen Kandidaten vor. Sie wollen sich einsetzen für ein lebenswertes und würdiges „Altsein“ und fordern alle wahlberechtigte Kölner, gleich welcher Nationalität, auf, ihre Briefwahlunterlagen, die sie im Laufe des Oktobers von der Stadt bekommen werden, auszufüllen und zurückzuschicken.

Ihre fünf Stimmen entscheiden über die Zusammensetzung der Seniorenvertretungen für die nächsten fünf Jahre. Ermutigen Sie auch alle Ihre Bekannten und Freunde, mit zu wählen, damit Sie Vertreterinnen und Vertreter bekommen, die Ihre Wünsche und Forderungen ernst nehmen und sich dafür einsetzen.

**Stadtbezirk Ehrenfeld:** Helga Humbach, Journalistin, 74 Jahre, Kandidatin für die Seniorenvertretung

**Stadtbezirk Lindenthal:** Franz Grondal, Rentner, 77 Jahre, Kandidat für die Seniorenvertretung

## KÖLNLINKS

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE.Köln und der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Köln  
V.i.S.d.P.: für den Kreisverband Angelika Link-Wilden (Seite 1, 2, 7, 8),  
für die Fraktion Jörg Detjen (Seite 3 bis 6)

### Kreisverband DIE LINKE. Köln:

Sprecherin: Angelika Link-Wilden  
Tel. 0172-602 9843  
E-Mail: a.link-wilden@netcologne.de  
Sprecher: Torsten Löser  
Tel. 0176-2926 7180  
E-Mail: TorstenLoeser@gmx.de  
Büro: Kreisverband DIE LINKE. Köln  
Zülpicher Straße 58 · 50674 Köln  
Tel. 0221-2 40 60 95  
Fax 0221-9 23 50 01  
E-Mail: buero-kv-koeln@die-linke.org  
Öffnungszeiten:  
Mo.-Do.: 11.00 bis 18.00 Uhr  
Fr.: 11.00 bis 17.00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln**  
Haus Neuerburg · Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln  
Tel. 0221-221-27840 · Fax. 0221-221-27841  
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de

### OV Ehrenfeld

Ulrike Detjen, Tel. 0170-583 3050  
E-Mail: ov-ehrenfeld@die-linke-koeln.de

### OV Innenstadt / Rodenkirchen

Dieter Koberg, Tel. 0178-294 7058  
E-Mail: d.koberg@gmx.de

### OV Lindenthal

Ansprechpartner: Jürgen Seitz  
Tel. 31 87 21 E-Mail: juergen.seitz1@gmx.de

### OV Nord (Chorweiler/Nippes)

Ansprechpartnerin: Franka Wiedeloh  
E-Mail: Franka.wiedeloh@gmx.de

### Ansprechpartner: Andree Willige

Tel. 0172-262 3491  
E-Mail: andree.willige@freenet.de

### OV Porz

Ansprechpartner: Helmut Krämer  
E-Mail: helmuth.kraemer@netcologne.de

### OV Schäl Sick (Mülheim/Kalk)

Ansprechpartner: Hans Günter Bell  
E-Mail: guenter.bell@die-linke.org

### Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten

C. Butterwege, Ö. Demirel, H. Akbayir  
Kalk-Mülheimer Str. 102-104, 51103 Köln  
Tel. 0221-16 91 29 28

### Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Matthias.W. Birkwald

Venloer Straße 440, 50825 Köln  
Tel. 0221-53 09 78 40